

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

20.06.2022

# Inhalt

## EWN

1   <b>Merkel verteidigt Pipeline-Entscheidung</b> <i>Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt, 20.06.2022</i> .....	3
2   <b>„Ängste dürfen uns nicht zerfressen“</b> <i>Nordkurier - Neubrandenburger Zeitung Stargard, 20.06.2022</i> .....	4
3   <b>Schwesig und die Ostsee-Pipeline – Landtagsausschuss will aufklären</b> <i>dpa-Landesdienst Mecklenburg-Vorpommern, 17.06.2022</i> .....	7
4   <b>Ottberger Bahnhof als Atommüll-Wartegleis</b> <i>Neue Westfälische - Höxtersche Kreiszeitung, 20.06.2022</i> .....	8
5   <b>Werden jetzt die Atomreaktoren wieder angeworfen?</b> <i>SPIEGEL+, 20.06.2022</i> .....	10

📰 Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt | 20.06.2022 | S. 01-SSN SEITE 1

📄 Auflage: 18.699 | Reichweite: 37.417

## Merkel verteidigt Pipeline-Entscheidung

**Berlin/Schwerin.** Die frühere Bundeskanzlerin Angela Merkel hat ihre Entscheidungen zum Bau der Ostsee-Gasleitung Nord Stream 2 verteidigt. „Ich habe nicht an Wandel durch Handel geglaubt, aber an Verbindung durch Handel, und zwar mit der zweitgrößten Atommacht der Welt“, sagte Merkel dem Redaktionsnetzwerk Deutschland. Es sei aber keine einfache Entscheidung gewesen. „Die damalige These lautete:

Wenn Nord Stream 2 in Betrieb ist, wird Putin durch die Ukraine kein Gas mehr liefern oder sie sogar angreifen.“ Der Westen habe dafür gesorgt, dass Gas trotzdem durch die Ukraine geleitet worden sei und sie so weiter Transitgebühren erhalten habe. Merkel räumte ein, dass ihr Einfluss auf Kreml-Chef Wladimir Putin kurz vor ihrem Amtsende schwand.

## „Ängste dürfen uns nicht zerfressen“

*Corona-Pandemie, Russland-Krieg, Klimastiftung, Energiepreise, Personalmangel: Die Politik befindet sich im dauerhaften Krisenmodus – mittendrin die MV-Ministerpräsidentin. Im Nordkurier-Interview mit Gabriel Kords und Andreas Becker verrät Manuela Schwesig, wie sie mit den Krisen umgeht und was für sie Priorität hat.*

**Frau Ministerpräsidentin, am Freitag war Auftakt zum Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Klimaschutzstiftung. Das Thema mit all seinen Facetten wird heftig in Landes- und Bundespolitik diskutiert. Die Brisanz ist enorm. Wann haben Sie eigentlich erfahren, dass durch diese Stiftung von Gazprom 165 Millionen Euro – das ist mehr als das Achtfache, was Gazprom der Stiftung für den Klimaschutz zur Verfügung gestellt hat – gepumpt wurden, um Nord Stream 2 fertig zu bauen?**

Der Landtag hat sich im Januar 2021 mit den Stimmen von SPD, CDU und Linken für diese Stiftung entschieden. Zum Zeitpunkt der Entscheidung lag die Satzung der Stiftung ganz transparent vor. Und in der Satzung steht, dass es neben der Förderung von Klima- und Umweltschutz auch um die Vollendung der Pipeline geht. Das war allen von Anfang an bekannt. Der Landtag hat auch entschieden, dass es keine Landesstiftung, sondern eine Stiftung nach Bürgerlichem Gesetzbuch wird. Das heißt: Der Stiftungsvorstand hat eigenständig entschieden – und das hat er auch bestätigt. Deshalb haben wir mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten Erwin Sellering (SPD), dem ehemaligen Europaabgeordneten Werner Kuhn (CDU) und der Unternehmerin Katja Enderlein drei Personen für den Vorstand berufen, die im öffentlichen Leben stehen, viel Erfahrung mitbringen und einen guten Ruf haben. Und, nicht zu vergessen: Die Stiftungsaufsicht lag in den Händen des damaligen CDU-Justizministeriums. Darauf habe ich mich verlassen. Ich habe mich als Ministerpräsidentin nicht in das aktuelle Geschäft der Stiftung eingemischt.

**Und wann haben Sie jetzt von den 165 Millionen Euro erfahren?**

Mit der öffentlichen Erklärung des Vorstands. Es ist gut, dass der Vorstand das transparent gemacht hat. Wie gesagt, ich habe mich als Ministerpräsidentin in diese Angelegenheiten des Geschäftsbetriebs weder ein-

gemischt noch mir davon berichten lassen. Über das operative Geschäft hat der Stiftungsvorstand entschieden. Es gab auch keine Hinweise des Justizministeriums, dass es hinsichtlich der Stiftung irgendwelche Bedenken gäbe. Über das operative Geschäft hat der Stiftungsvorstand entschieden.

**Aber es fällt ja schon auf, dass es in den vergangenen anderthalb Jahren mehr als ein Dutzend Treffen in der Staatskanzlei mit Vertretern von Nord Stream 2 gegeben hat. Was waren dort denn die Gesprächsthemen?**

Die Ostseepipeline Nord Stream 2 war eines der größten Infrastrukturprojekte in der Geschichte Mecklenburg-Vorpommerns. Es war wirtschaftlich wichtig für viele Unternehmen im Land, auch zum Beispiel für unseren landeseigenen Hafen Mukran. Und es ging um eine sichere und preiswerte Gasversorgung in Deutschland. Deshalb gab es wie mit anderen Unternehmen auch regelmäßig Gespräche zwischen Nord Stream und der Landesregierung. Und selbstverständlich habe auch ich Gespräche mit Nord Stream geführt – allerdings waren es kein Dutzend in den letzten anderthalb Jahren. Dass Gespräche geführt wurden, war auch bekannt. Ich habe beispielsweise, als der damalige US-Präsident Trump Sanktionen gegen den Hafen Mukran ausgesprochen hatte, nach einem Gespräch mit Nord Stream ein Pressestatement abgegeben, und im Landtag habe ich auch berichtet. Selbstverständlich vertreten Unternehmen oder auch Verbände in Gesprächen mit mir Interessen. Aber ich finde es absurd, wenn einem unterstellt wird, dass man sich automatisch von seinem Gesprächspartner beeinflussen lassen würde. Als Ministerpräsidentin stelle ich mir bei jeder Entscheidung die Frage: Was liegt im Interesse des Landes? Was liegt im Interesse der Bürgerinnen und Bürger? Und danach treffen wir unsere Entscheidung.

**Nichtsdestotrotz: Erwin Sellering als Stiftungsvorsitzender und seine immer nur schiebchen-**

**weise auf Druck von Medien und Gerichten öffentlich gemachten Angaben bleiben eine offene Flanke der Landesregierung. Wie würden Sie Ihr Verhältnis zu Erwin Sellering beschreiben?**

Ich schätze Erwin Sellering. Er hat hohe Verdienste um unser Land. Deshalb haben wir ihn 2021 gebeten, den Vorsitz in der Stiftung zu übernehmen. Wir haben uns jetzt darauf verständigt, dass der Vorstand den Geschäftsbetrieb bis zum 30. September abwickelt, der Wirtschaftsprüfer alles prüft und testiert und der Vorstand dann zurücktritt. Dann wird das Land den Weg zur Auflösung der Stiftung frei.

**Man hatte aber in den vergangenen Wochen den Eindruck, dass Sie mit Erwin Sellering eigentlich nicht einer Meinung sind...**

Es gab nach dem Angriff Putins auf die Ukraine von Anfang an Einigkeit, dass der Geschäftsbetrieb der Stiftung abgewickelt werden muss. Da aus Sicht der Landesregierung auch die Akzeptanz für den Klimaschutzteil der Stiftung verloren gegangen war, haben wir rechtlich prüfen lassen, wie die Stiftung abgewickelt werden könnte. Beim letzten Punkt hat der Stiftungsvorstand allerdings eine andere rechtliche Position. Wir haben jetzt einen gemeinsamen Weg gefunden im Interesse des Landes.

**Als Sie vor fünf Jahren von Erwin Sellering das Amt der Ministerpräsidentin übernommen haben, hatte man das Gefühl, dass Sie ein sehr gutes, beinahe väterliches, Verhältnis zueinander hatten. Ist das immer noch so?**

Wir haben gemeinsam für das Land viel erreicht und wir haben auch schon schwierige Momente zusammen gemeistert – sowohl seine als auch meine Krebserkrankung waren solche Momente. Das verbindet natürlich. Aber als amtierende Ministerpräsidentin muss ich ohne Rücksicht auf eigene Befindlichkeiten immer Entscheidungen zum Wohle des Landes treffen. Dass ich Befindlichkeiten oder auch eigene Sachen zurückstellen kann, habe ich jetzt schon mehrfach bewiesen. Es geht an der Stelle nicht darum, wer jetzt hier mit wem bester Freund ist, sondern welcher Weg ist jetzt der Richtige für unser Land. Und deshalb bin ich auch froh, dass wir da jetzt eine Einigung haben.

**Sie persönlich stehen jetzt seit Monaten im medialen Trommelfeuer. Wie geht es Ihnen damit?**

Das gehört zum Amt der Ministerpräsidentin dazu, gerade in solchen schwierigen Zeiten. Aber es geht ja in so einem Amt nicht um mich, sondern es geht um die Bürgerinnen und Bürger, und ich mache mir eher Gedanken, dass die Menschen in unserem Land durch

die lange Corona-Pandemie, die Sorgen um den Krieg in der Ukraine und die jetzt immer weiter steigenden Preise und Kosten stark belastet waren und sind. Das nehme ich in Gesprächen mit den Bürgern wahr. Gleichzeitig bin ich sehr dankbar, aber auch sehr demütig, was die große Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger angeht, die ich erfahre.

**Haben Sie aufgrund der ganzen aktuellen Krisen Angst um den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft?**

Natürlich bewegt mich das als Ministerpräsidentin in einem Land, in dem die Einkommen und die Renten eben nicht so hoch sind. Ich weiß sehr wohl, dass es für viele Bürgerinnen und Bürger nicht egal ist, wenn die Lebensmittel im Supermarkt teurer werden. Gleichzeitig kommen dann noch die Spritpreise und Energiepreise dazu. Und dann ist da immer noch die Angst, dass sich der Krieg ausweitet.

**Viele Menschen haben das Gefühl, dass gerade ganz allgemein etwas ins Rutschen kommt. Die existenziellen Einschnitte nehmen zu und man hat den Eindruck, es wird eher noch schlimmer als besser. Wie nehmen Sie das wahr?**

Ich kann das nachvollziehen und spüre das auch. Natürlich denkt man, wie viele Krisen gibt es noch? Mein Bestreben ist, dass wir zusammenhalten, dass uns nicht Ängste und Sorgen zerfressen, dass wir zuversichtlich bleiben. Die Menschen können sich darauf verlassen, dass sie jemand an der Spitze des Landes haben, der sich immer kümmert und nach Lösungen sucht.

**Was heißt das konkret?**

Es ist mir jetzt wichtig, dass wir mit der Bundesregierung eine Lösung finden, wie wir eine sichere und bezahlbare Energieversorgung und Entlastungen für die Bürger schaffen. Im Herbst werden wir das Energiegeld auszahlen. Das heißt: Eine Familie, in der beide Elternteile arbeiten und zwei Kinder haben, bekommt 800 Euro. Wir setzten uns jetzt dafür ein, dass auch die Rentnerinnen und Rentner dieses Energiegeld erhalten.

**In derselben Höhe?**

Das ist mein Ziel. Wir sind als Land bereit, uns an der Finanzierung zu beteiligen.

**Sind wir darauf vorbereitet, dass es im Winter mit der Energieversorgung wirklich schwierig werden könnte? Oder müssen wir im Winter womöglich frieren?**

Wir müssen jetzt alles daran setzen, schnell ausreichend Gas für den Winter zu beschaffen. Beispielsweise über ein schwimmendes LNG-Terminal vor Lubmin. Dort haben wir eine große Verteilstation.

### **Aber ist das bis zum Winter noch zu realisieren?**

Das muss die Bundesregierung sagen. Die Planung für die Energieversorgung hat ja nie in den Händen von MV gelegen, sondern in den Händen des Bundes. Parallel müssen wir schauen, Energie einzusparen. Und da glaube ich, ist es ganz wichtig, dass der Bund ein großes Investitionsprogramm auflegt, damit diejenigen, die ein kleines Häuschen haben oder eben auch Vermieter nochmal in die Wärmedämmung investieren. Dass man noch mal guckt, wie kann man zum Beispiel auch auf Wärmepumpe umstellen? Wir als Land wollen solch ein Investitionsprogramm vor allem für mehr Solaranlagen auflegen.

**Gerade ältere Menschen tun sich sehr schwer mit der Vorstellung, dass sie in diesem Winter die Thermostate an den Heizungen herunterdrehen müssen – und das in einem der reichsten Länder der Welt!**

**Das geht nicht. Es darf in der Debatte nicht der Eindruck entstehen, als wenn jetzt gesagt würde: Dann müssen die Leute halt die Heizung runter drehen. Viele Bürgerinnen und Bürger sind jetzt schon sehr sparsam, was den Energieverbrauch angeht. Ich kenne schon heute niemanden, der das Fenster aufreißt und gleichzeitig die Heizung aufdreht. CDU-Chef Friedrich Merz hat gesagt, dass wir uns vielleicht von einem Teil des Wohlstandes verabschieden müssen. Ist das so? Sind die fetten Jahre vorbei?**

Naja, die Perspektive eines Friedrich Merz auf den Wohlstand ist eine andere als die eines Rentners aus Mecklenburg-Vorpommern, der sein Leben lang gearbeitet hat und jetzt vielleicht 700 Euro bekommt und sich fragt, wie kann ich die Heizkosten und die Lebensmittel bezahlen. Der aktuelle Deutschland-Trend zeigt,

dass sich jetzt schon 77 Prozent der Geringverdiener einschränken müssen. Es geht ja hier nicht darum, auf den dritten Jahresurlaub zu verzichten. Ich finde, hier muss aufgepasst werden, dass nicht über die Lebensrealität vieler Bürgerinnen und Bürger hinweg geredet wird.

**Das Gefühl des Wohlstandverlustes hat sicherlich etwas damit zu tun, dass wir auf eine Phase des ganz großen Personalmangels hinsteuern. Gesundheit, Bildung, Justiz, Verwaltung – überall fehlen Arbeitskräfte. Man hat das Gefühl, wir stehen kurz vor dem Kollaps. Kommt der Punkt, wo das alles unkontrolliert zusammenbricht?**

Nein. Und es ist besser, um Fachkräfte werben zu müssen, als Massenarbeitslosigkeit zu haben. Wir müssen jetzt erstens diejenigen, die noch nicht in Arbeit sind, in Arbeit bringen und die, die noch nicht so qualifiziert sind, weiter qualifizieren. Zweitens müssen wir die Digitalisierung nutzen. Vor der Digitalisierung müssen wir keine Angst haben. Die Digitalisierung wird nicht Arbeitsplätze vernichten, sondern muss uns helfen, Arbeit leichter zu machen. Mit dem Bundeskanzler haben wir in der vergangenen Woche verabredet, dass wir im Herbst einen großen Fachkräfte-Kongress speziell für Ostdeutschland machen.

**Dem Osten sind in den vergangenen 30 Jahren Hunderttausende, wenn nicht gar Millionen Fachkräfte abhanden gekommen. Muss man sich nicht intensiver darum kümmern, diese Leute zurückzuholen, zum Beispiel mit finanziellen oder steuerlichen Anreizen, etwa vergünstigten Baugrundstücken?**

Mit der gebührenfreien Kinderbetreuung gelingt es uns ja schon, dass Familien zurückkommen. Aber man muss ja sehen, es gibt jetzt schon viele Menschen, die im Land leben, aber anderswo arbeiten – und das hat mit den Löhnen zu tun. Und deswegen spielt natürlich das Thema gute Löhne bei uns im Land eine Rolle und hier sind auch die Arbeitgeber gefragt.

📰 dpa-Landesdienst Mecklenburg-Vorpommern | 17.06.2022

## Schwesig und die Ostsee-Pipeline – Landtagsausschuss will aufklären

Fake-Stiftung zum Nutzen Russlands oder Instrument des Klimaschutzes - über die Klimastiftung MV wird heftig gestritten. Längst sind nicht alle Hintergründe der Stiftungsgründung geklärt, liegen nicht alle Daten zu deren Wirken offen. Das soll sich ändern.

Schwerin (dpa/mv) - Die Vorgänge um die wegen ihrer Verbindungen zu Russland heftig umstrittenen Klimastiftung Mecklenburg-Vorpommern beschäftigen einen Sonderausschuss des Schweriner Landtags. Der von den Oppositionsfraktionen CDU, Grüne und FDP initiierte Parlamentarische Untersuchungsausschuss nimmt am Freitag seine Arbeit auf. Er soll die Umstände der Stiftungsgründung aufklären und auch deren wirtschaftliches Agieren zugunsten der russisch-deutschen Gaspipeline Nord Stream 2 beleuchten.

«Nach wie vor gibt es sehr viele offene Fragen, was die Klimaschutzstiftung angeht», sagte CDU-Fraktionschef Franz-Robert Liskow. Als Beispiele nannte er, wer Ideengeber war, wer die Satzung verfasste und welche Rolle die Landesregierung nach Stiftungsgründung noch spielte. «Der Einfluss des Kreml auf Entscheidungen der Landesregierung wird Thema werden, ebenso wie die Frage, wer im Land mit welchen Motiven von der Nord Stream 2 AG finanziell unterstützt wurde», kündigte Liskow an.

Die im Januar 2021 auch mit Zustimmung der CDU gegründete Stiftung für Klima- und Umweltschutz MV war von Anfang an umstritten. Neben gemeinwohlorientierten Projekten für den Klimaschutz unterstützte sie die Fertigstellung der Ostsee-Pipeline Nord Stream 2. Die Stiftungseinlage des Landes betrug 200 000 Euro. Die Nord Stream 2 AG mit dem russischen Staatskonzern Gazprom als Mehrheitseigner gab 20 Millio-

nen Euro für Klimaschutz-Projekte. Allerdings schleuste das Unternehmen jüngsten Angaben zufolge über die Stiftung auch etwa 165 Millionen Euro in den Pipeline-Bau.

Kritiker sprachen von Beginn an von einer Fake-Stiftung, bei der der Klimaschutz nur den eigentlichen Zweck bemänteln sollte: Nord Stream 2 unter Umgehung drohender Sanktionen der USA fertigzustellen. Die Landesregierung räumte bereits ein, dass Vertreter von Nord Stream 2 direkt Einfluss auf die Formulierung der Stiftungssatzung nahmen. Die Gasleitung ist mittlerweile fertig, doch bekam sie wegen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine keine Betriebserlaubnis.

Mit Beginn der Aggression hatte sich die öffentliche Debatte um die Gasleitung, die Stiftung und den lange Zeit Russland-freundlichen Kurs von Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) deutlich zugespitzt. Schwesig hat ihr Agieren inzwischen als Fehler bezeichnet, steht aber weiterhin in der Kritik. Die Initiatoren des Untersuchungsausschusses wollen die Schweriner Regierungschefin als Zeugin laden und unter anderem auch ihren Amtsvorgänger und Stiftungschef Erwin Sellering sowie den Gazprom-Lobbyisten und Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder (alle SPD).

Das von Schwesig und auch vom Landtag angestrebte rasche Ende der Stiftung scheiterte bislang am Widerstand des Vorstandes. Sellering macht rechtliche Bedenken gegen eine Stiftungsauflösung geltend, kündigte für September aber seinen Rückzug von der Vorstandsspitze an. Ob der Weg damit für die Stiftungsauflösung frei wird, ist unklar.

📰 Neue Westfälische - Höxtersche Kreiszeitung | 20.06.2022 | S. 10

📄 Auflage: 3.351 | Reichweite: 17.669

👤 Burkhard Battran

## Ottberger Bahnhof als Atommüll-Wartegleis

**Der Druck auf die Planer wächst. Immer deutlicher tritt zutage, dass Würiggassen als Atommüll-Drehlager aus dem Hut gezaubert und aus politischen Motiven gutachterlich zurechtgebogen sein könnte.**

**Würiggassen/Ottbergen.** Vielleicht bekommt man es tatsächlich hin, auf dem Gelände des ehemaligen Kernkraftwerks in Würiggassen, eine 325 Mal 125 Meter große Atommüll-Logistikhalle zu bauen, die trotz Hochwasser- und Hangrutschgefahr den Sicherheitsanforderungen an ein solches Bauwerk genügt. Aber es geht ja nicht um ein wie auch immer geartetes Aufbewahrungslager, wo man einmal die Klamotten hineinfährt, den Schlüssel umdreht und abschließt, sondern um ein dynamisch betriebenes Logistikzentrum, wo täglich zig Tonnen verstrahlter Kernkraftmüll eingefahren aber auch wieder ausgelagert wird.

„Dazu braucht es eine gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur, die gibt es hier aber nicht und darum ist eine sichere und gesetzeskonforme Anlieferung und Abfuhr des radioaktiv belasteten Mülls gar nicht möglich. Es sei denn, man löst den über Jahrzehnte angehäuften Investitionsstau in der Verkehrsinfrastruktur auf“, erklärte der Vorsitzende des Vereins Atomfreies Dreiländereck, Dirk Wilhelm, bei einem Ortstermin am Ottberger Bahnhof. Von dort geht es nämlich nur noch eingeleisig weiter. Und das sei ein echtes Problem, denn die Schienenkapazität reiche nicht aus, erläuterte Wilhelm.

### Hunderte Atommüll-Laster in engen Ortsstraßen

„Das führt dazu, dass am Ottberger Bahnhof reihenweise die nuklearen Transportzüge stehen und darauf warten, weiter gelassen zu werden.“ Noch schlimmer kann es werden, wenn die Transporte statt mit der Bahn über die Straßen abgewickelt werden. „Dann zwängen sich hunderte von Atommüll-Lastern durch enge Ortsdurchfahrten wie Dalhausen“, sagt Wilhelm. Und dass es dazu kommen werde, davon ist Wilhelm überzeugt.

Auch die BGZ, die Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung geht davon aus, dass ein wesentlicher Teil der

Lieferung in das und aus dem Zwischenlager über die Straße abgewickelt werden muss. Dazu hat die BGZ ein Verkehrsgutachten anfertigen lassen, das der Verein als vollkommen unzureichend kritisiert.

„Dort werden sogar Straßen als fertige Verbindungen ausgewiesen, die noch in der Planung sind und topographische Gefahrstellen wie der Stellberg oder der Ith, wo im Winter die Lastzüge quer stehen, kommen gar nicht vor“, erklärte Wilhelm. Damit verbunden sei eine extreme Gefahr. „Egal ob Schiene oder Straße, kommt es zu einem Unfall, hat das katastrophale Auswirkungen“, betont Wilhelm.

Der größte Teil des in ganz Deutschland verteilt zwischengelagerten Atommülls soll in Würiggassen in einer Bereitstellungslager genannten Atommüll-Drehscheibe zusammengezogen gezogen werden. Von Würiggassen aus sollen die atomaren Abfälle dann ins Endlager bei Salzgitter gebracht werden. Da Niedersachsen bereits das Endlager stelle, sei es politischer Wille, dass das Bereitstellungslager in einem anderen Bundesland gebaut werden müsse. „Was wir verlangen, ist eine rechtsstaatlich transparente und qualifizierte Standortsuche“, betont Wilhelm. Wenn dann am Ende tatsächlich Würiggassen raus käme, hätte auch der Verein keine Einwände mehr.

Dass so ein Bereitstellungslager nötig ist, wird nicht bestritten. „Große Mengen Atommüll lagern in desolaten Hallen. Für Würiggassen spricht in diesem Zusammenhang, dass der Standort schnell verfügbar gemacht werden könnte“, räumt auch Dirk Wilhelm ein. Aber eben nur in der isolierten Standortbetrachtung und Außerachtlassung der Verkehrsinfrastruktur insgesamt. Die Chancen für ein objektives Verfahren sieht der Vorsitzende aber eher als gesunken, denn als gestiegen an. „Das Beschleunigungsgesetz wie es jetzt zur schnelleren Errichtung von Flüssiggasterminals auf den Weg gebracht wurde, soll auch auf ande-

re Bereiche übertragen werden und wird auch in der Atommüllfrage vollendete Tatsachen schaffen, darum

ist jetzt der Zeitpunkt, den Druck durch die Öffentlichkeit zu erhöhen“, sagt Wilhelm.

## STREIT ÜBER KERNKRAFT

## Werden jetzt die Atomreaktoren wieder angeworfen?

*Ukrainekrieg, Inflation, Klimakrise – manche fordern die Rückkehr zum Atomstrom. Doch der habe seine Zukunft hinter sich, sagt Umwelthistoriker Frank Uekötter: »Kernkraftwerke sind keine Kaffeemaschinen, die man an- und ausknipst.«*

**SPiegel:** Herr Uekötter, Ihre Studie »Atomare Demokratie« ist ein Abgesang auf die Atomkraft in Deutschland. Müssen Sie das Buch umschreiben – und werden unsere Atomkraftwerke jetzt wieder hochgefahren?

**Uekötter:** Aus dem nuklearen Projekt ist seit Jahrzehnten die Luft raus. Der riesige Komplex mit seinen mächtigen Konzernen, den Milliardeninvestitionen, den Abertausenden Experten befindet sich seit 40 Jahren im Sinkflug: Seit 1982 gab es in der Bundesrepublik einen Auftragsstopp, seit den Neunzigerjahren plant niemand mehr ernsthaft neue Atomkraftwerke. Da muss schon etwas ziemlich Dramatisches passieren, um einen Kurswechsel herbeizuführen. Ich bezweifle sehr, dass die Ereignisse der vergangenen Wochen und Monate da ausreichen.

**SPiegel:** Laut einer aktuellen Umfrage hält die Hälfte der Deutschen eine Rückkehr zur Kernkraft für sinnvoll. Nicht nur Finanzminister Christian Lindner träumt vom Atomstrom.

**Uekötter:** Eine so träge Branche kann nicht vom einen auf den anderen Tag wiederbelebt werden. Kernkraftwerke sind keine Kaffeemaschinen, die man an- und ausknipst oder noch ein wenig länger laufen lässt.

**SPiegel:** Dennoch reden alle wieder über Kernenergie.

**Uekötter:** Wir erleben derzeit einen seltsam undifferenzierten Diskurs über »die Atomkraft«. So sprach man in den Fünfziger- und Sechzigerjahren, als es noch kaum Erfahrung auf dem Gebiet gab. Heute sollte man konkret über die verschiedenen Reaktortypen reden, ihre Vor- und Nachteile, Risiken und Probleme. Man sollte auch klar trennen zwischen Reaktoren, die es nur als Pläne gibt, und den realen Reaktoren, von denen viele langsam in die Jahre kommen.

**SPiegel:** Russland und China, Frankreich und Polen bauen neue Reaktoren. Die EU-Kommission schlug vor, Atomkraft als nachhaltig einzustufen, Unternehmer wie Bill Gates und Warren Buffet setzen auf Mini-Reaktoren. Leben Totgesagte doch länger?

**Uekötter:** Als Historiker sollte man nie glauben, wirklich am Ende der Geschichte angelangt zu sein. Aber schauen wir realistisch hin: In Deutschland geht es um ganze drei Kraftwerke, die noch laufen. Verglichen damit, was einmal geplant war, ist das eine Schrumpfversion der einstigen Utopien. Atomkraftwerke zu bauen, ist sehr teuer und zeitintensiv. Ob die derzeit viel beschworenen Mini-Reaktoren genehmigungsfähig sind, wissen wir frühestens in 10, 15 Jahren. In den Fünfziger- und Sechzigerjahren wurden in vielen Ländern kleine Reaktoren gebaut – und sie waren alle notorisch ineffizient.

**SPiegel:** Der Magie des Atoms konnte sich damals dennoch kaum jemand entziehen. Warum?

**Uekötter:** Das Zauberwort lautete »Energiedichte«. Es faszinierte die Menschen ungeheuer, mit einem Kilo Uran so viel Energie liefern zu können wie mit etlichen Tonnen Kohle. Die »Urkraft des Atoms« stand nicht zufällig im ersten Satz des Godesberger Programms der SPD von 1959. Es herrschte eine enorme Wissenschaftsgläubigkeit, verbunden mit der Erfahrung, dass technische Innovationen das Leben angenehmer machen. Eine Investition in die Atomkraft ermöglichte deutschen Wissenschaftlern zudem, sich nach dem Nationalsozialismus erneut einen Weg an die Forschungsspitze zu bahnen.

**SPiegel:** Zeitgleich gab es große Ablehnung einer militärischen Nutzung der Kernenergie. Schon 1957/58 formierte sich in der Bundesrepublik die Protestbewegung »Kampf dem Atomtod«, um die nukleare Bewaff-

nung der Bundeswehr zu verhindern.

»Ein gigantischer Apparat entstand, man investierte Unsummen in eine vermeintlich hoffnungsvolle Branche. Und das, ohne zu wissen, was dabei herauskommen würde.«

**Uekötter:** Die Atombombe war damals die einzige Anwendung, die es gab – ihr Schatten lastete von Anfang an auf dem Projekt. Die Fürsprecher des »friedlichen Atoms« wollten Schwerter zu Pflugscharen machen: Eine Waffe der Zerstörung sollte verwandelt werden in eine Kraft der Zukunft. In den Boomjahren ging man davon aus, dass der Energieverbrauch rasant steigen und die Kohle- und Erdöllager irgendwann erschöpft sein würden.

**SPIEGEL:** 1955 wurde in der Bundesrepublik sogar ein Atomministerium gegründet, mit CSU-Politiker Franz-Josef Strauß als oberstem Atombeauftragten.

**Uekötter:** Es war die Keimzelle des heutigen Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Ein gigantischer Apparat entstand, man investierte Unsummen und jede Menge Karrieren in eine vermeintlich hoffnungsvolle Branche. Und das, ohne zu wissen, was dabei herauskommen würde. Strauß agierte damals übrigens auffallend vorsichtig. Erst im Kampf um Wackersdorf wurde er zum Symbol des nuklearen Fanatismus. In vollem Ernst schrieb er 1986: »Ein gläubiger und verantwortungsbewusster Christ kann mit guten Gründen der Überzeugung sein, dass auch ein Kraftwerk ein Teil des göttlichen Auftrags ist.«

**SPIEGEL:** Wann kippte die Atombegeisterung in Ernüchterung um?

**Uekötter:** In der Bundesrepublik startete der Anti-Atomkraft-Protest im Februar 1975 mit einem großen Knall: In Wyhl am Kaiserstuhl verbündeten sich Bauern mit Studenten, um gegen den Bau des geplanten Kernkraftwerks zu demonstrieren. Zum ersten Mal etablierte sich eine kraftvolle Bürgerbewegung, befördert auch dadurch, dass die Erbauer die Anwohner im Vorfeld nicht eingebunden hatten.

**SPIEGEL:** Wie groß war die Anti-Atomkraft-Bewegung?

**Uekötter:** Sie wurde von Anbeginn an von ihren Vorkämpfern verklärt, war aber rein von der Personenzahl nie übermächtig – die Nato-Nachrüstung brachte deutlich mehr Menschen auf die Straße. Zudem war die Bewegung nie so einheitlich, wie der Mythos glauben macht. Die enorme Vielfalt war ein großer Trumpf. Die Atomkraftgegner waren eine bunte Truppe aus Landwirten, Naturschützern, Studierenden, politisch

Bewegten, Wissenschaftlern, Juristen.

**SPIEGEL:** Viele Linke indes taten sich anfangs schwer mit der Ablehnung der Atomkraft. Rudi Dutschke, Kopf der Studentenbewegung, notierte 1977 in sein Tagebuch: »Die ganze Atom- und Massenmobilisierung in B(rokdorf) und I(tzehoe) bereitet mir theore(tische) und politische Schwierigkeiten.«

»Wäre die nukleare Stromerzeugung tatsächlich so einfach und billig gewesen, hätten die Bürgerinitiativen wohl keine Chance gehabt.«

**Uekötter:** Es gibt eine lange Tradition des marxistischen Glaubens an den technischen Fortschritt, das kann man nicht einfach schnell abstreifen. Dass die Linke in den Chor der Atomkraftgegner einstimmte, hat auch mit den zahlreichen Enttäuschungen seit 1968 zu tun. Der Atomprotest mobilisierte die Massen, innerhalb der Linken herrschte die Überzeugung: Das müssen wir uns zu eigen machen, das dürfen wir nicht versammeln.

**SPIEGEL:** 1979 institutionalisierte sich die Anti-Atomkraft-Bewegung durch die Gründung der Grünen

**Uekötter:** Die Grünen trugen den Protest von der Straße in die Parlamente, was die Bewegung enorm stärkte. Doch hat ihr Erfolg auch viel mit einer grundsätzlichen Enttäuschung innerhalb der Atomwirtschaft zu tun.

**SPIEGEL:** Inwiefern?

**Uekötter:** Wäre die nukleare Stromerzeugung tatsächlich so einfach und billig gewesen, wie man sich dies in den Fünfzigerjahren ausgemalt hatte, hätten die Bürgerinitiativen wohl keine Chance gehabt. So aber profitierten sie davon, dass die nukleare Community vor zahlreichen Problemen stand: Die deutsche Wirtschaft benötigte überhaupt nicht so viel Energie wie ursprünglich angenommen, es wurden viel weniger Reaktoren gebaut als geplant – und dann auch noch die falschen.

**SPIEGEL:** Welche waren das?

**Uekötter:** Leichtwasserreaktoren sind im Grunde nur ein weiterer Weg der Stromerzeugung auf fossiler Grundlage – Uranisotop 235 wird in thermische Energie umgewandelt. Was die Atomwirtschaft aber langfristig wollte, waren Brutreaktoren, um neben Strom auch spaltbares Material zu produzieren und damit von Uranimporten unabhängig zu werden. Doch die waren nicht nur sündhaft teuer, sondern auch störanfällig.

**SPIEGEL:** Der Schnelle Brüter von Kalkar kostete sieben Milliarden Mark und ging nie in Betrieb.

**Uekötter:** Kalkar war das kostspieligste Fiasko der bundesdeutschen Atomgeschichte. Auch in den anderen Ländern konnten sich Brutreaktoren nicht durchsetzen. Frankreich musste seinen letzten im Jahr 2010 vom Netz nehmen...

**SPIEGEL:** ...und setzt dennoch bis heute auf Atomstrom. 56 französische Kraftwerke sind in Betrieb, Präsident Macron kündigte im Wahlkampf an, weitere zu bauen.

**Uekötter:** Ob die realisiert werden, steht in den Sternen. Man kann die bestehenden Reaktoren nicht unendlich lang laufen lassen, und um die aktuellen Kapazitäten zu ersetzen, bräuchte man etwa 40 neue Anlagen. Ein Niedergang der Atomkraft ist auch in Frankreich absehbar.

**SPIEGEL:** Wieso konnten sich in Deutschland, anders als in Frankreich, die Atomkraftgegner langfristig durchsetzen?

**Uekötter:** Jenseits des Rheins beherrscht ein extrem mächtiger Energiegigant die Szene, die *Électricité de France* (EDF), während die Atomindustrie in Deutschland von Anfang an stark zersplittert war. Da wurden die Zweifel an Wirtschaftlichkeit und Sicherheit zum Spaltpilz, eine verschworene Gemeinschaft von Experten, Managern und Politikern gab es nur in Frankreich. Zudem war die deutsche Anti-Atomkraft-Bewegung extrem hartnäckig und langlebig – die Menschen gaben einfach nicht auf. Der Protest kam nie zum Erliegen, er übertrug sich von einer Generation auf die nächste, wurde zum stetigen Stachel im Fleisch.

**SPIEGEL:** Sie bezeichnen die Historie der Kernenergie als »Erfolgsgeschichte der bundesdeutschen Verhandlungsdemokratie«, in Abgrenzung zur DDR. Warum?

»Auf halbwegs freien Märkten hat Atomkraft nirgendwo mehr eine Chance.«

**Uekötter:** Im SED-Staat durfte man über die Kernkraft nicht diskutieren – die Beinahe-Kernschmelze im Kernkraftwerk Lubmin bei Greifswald 1975 wurde bis zur Wende verheimlicht. In der Bundesrepublik ist es indes gelungen, das überdimensionierte Atomprojekt in winzigen Trippelschritten einzufangen. Nicht durch hollywoodreife Gesten und große Demonstrationen, sondern durch ein permanentes Aushandeln, durch Gespräche, Gerichtsurteile, Kompromisse, Ortsverbandssitzungen.

**SPIEGEL:** Klingt anstrengend.

**Uekötter:** War es auch – Demokratie ist mitunter stinklangweilig. Auf beiden Seiten gab es Hitzköpfe, die mit dem Kopf durch die Wand wollten. Da wirkten die Mikroprozesse des Rechtsstaats wie ein großes Abklingbecken, das die Emotionen auf ein sozial verträgliches Niveau herunterkühlte. Das war ein Jahrzehnte andauernder Kraftakt.

**SPIEGEL:** Die Reaktorexpllosion in Tschernobyl 1986 befeuerte den Anti-Atom-Protest – die Entdeckung des Klimawandels wiederum stärkte die Fürsprecher der Kernenergie.

**Uekötter:** Der Treibhauseffekt war nie handlungsleitend für die deutsche Atomindustrie, sondern lediglich ein PR-Argument. Ein nettes Label, das man auf laufende Kraftwerke kleben konnte, um die Kuh noch einmal richtig zu melken. Hätte man den Klimawandel wirklich ernst genommen, hätte man ein großes Bauprogramm vorschlagen müssen. Das ist nie passiert.

**SPIEGEL:** Nach der Wende witterten westdeutsche Atomfans kurzzeitig Morgenluft.

**Uekötter:** Die ostdeutschen Atomkraftwerke wurden 1990 aufgrund von Sicherheitsproblemen abgeschaltet, die Folgen der Braunkohle für die DDR-Landschaft waren unübersehbar. Doch selbst in dieser Situation scheute die Atomwirtschaft die enormen Kosten, die mit dem Bau neuer Kraftwerke verbunden waren. Der Sargnagel war die Deregulierung des Strommarkts in der EU. Auf halbwegs freien Märkten hat Atomkraft nirgendwo mehr eine Chance.

**SPIEGEL:** 2000 vereinbarte Rot-Grün den Atomkonsens, 2010 vollzog Kanzlerin Angela Merkel die Kehrtwende, um den Ausstieg aus dem Ausstieg zu beschließen.

**Uekötter:** Vielleicht schimmerte da ein wenig die Physikerin durch, die wie viele Naturwissenschaftler der Magie des Atoms anhing. Vor allem aber wollte sie der schwarz-gelben Koalition neuen Schwung verleihen.

**SPIEGEL:** Ein Jahr später explodierte ein Atomreaktor in Fukushima – und Deutschland stieg ein zweites Mal aus der Atomkraft aus.

**Uekötter:** Nukleare Unfälle wie im amerikanischen Harrisburg 1979, in Tschernobyl oder Fukushima wirkten wie Katalysatoren beim Niedergang der Branche. Allerdings war 2011 auch eine Machtpolitikerin am Werk, die die Landtagswahlen in Baden-Württemberg gewinnen wollte.

**SPIEGEL:** Die letzten drei deutschen Meiler sollen Ende 2022 abgeschaltet werden – muss sich hierzulande niemand mehr für Atomkraft interessieren?

**Uekötter:** Im Gegenteil! Aus der historischen Erfahrung wissen wir, dass es stets eine kritische Gegenöffentlichkeit braucht, um ein hohes Sicherheitsniveau zu halten. Um sich anzustrengen, muss die Atom-

wirtschaft wissen, dass sie unter Beobachtung steht. Wenn wir es nicht schaffen, der Atomwirtschaft weiter penibel auf die Finger zu schauen, könnte es eines Tages ein böses Erwachen geben. Es ist paradox: Gerade jetzt, wo die Atomkraft hierzulande kurz vor ihrem Ende steht, ist sie im Grunde genommen gefährlicher denn je.